

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Verlags- und Druckerei: Neudamm-Str. 14, Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Räumung von Ostende, Lille und Douai.

Der gescheiterte Durchbruchversuch bei Le Cateau.

Amst. 17. Großes Hauptquartier, 10. Oktober.

Westlicher Kriegshauptquartier.

In den letzten Tagen haben wir Teile von Flandern und Nordfrankreich mit den Städten Ostende, Zouveloing, Roubaix, Lille und Douai geräumt und rückwärtige Linien bezogen. Die Besatzung der Städte und der Dörfer der Front ist größtenteils mit kaiserlichen Truppen nach. Er wurde abgewiesen. Englische Kompanien, die nördlich von Kortrijk über die Ds vordrangen, wurden im Gegenangriff wieder zurückgeworfen. Die Stadt von Lille und Douai besteht aus fast vollständiger Besetzung mit dem General.

Zwischen Le Cateau und der Ds ist die Schlacht von neuem entbrannt. Engländer, Franzosen und Amerikaner suchen wiederum unter Einsatz gewaltiger Artillerie die Front zu durchbrechen. Beiderseits von Le Cateau sind Angriffe des Feindes vor unseren Linien gescheitert. Bestimmte Einbruchsstellen wurden im Gegenangriff wieder geschlossen. Zwischen Le Cateau und Wisonville drang der Gegner an einzelnen Stellen in unsere Linien ein. Nach heftigstem Kampf brachen wir den Feind vor unserer Artillerie an der von Le Cateau nach Waffignau führenden Straße, bei La Vallée Muzelle und Wenevres sowie nördlich von Wisonville zum Stehen. Wo der Feind darüber hinaus vordrang, warfen wir unsere Gegenkräfte wieder zurück. Wisonville und die südlich anschließenden Linien wurden gegen mehrfachen

Angriff des Feindes gehalten, auch am Nachmittag und vor ihnen erneute Angriffe gescheitert. Ebenso blieben die gegen die Dsfront nördlich von Orign gerichteten feindlichen Angriffe ohne Erfolg.

Am 17. Oktober setzte der Gegner seine heftigen Angriffe nördlich von Orign fort. In hartem Kampf wurde er abgewiesen. Preussische Jäger führten westlich von Grandpré, Brandenburg und Sachsen an dem Kanar der Maas erfolgreiche Angriffsunternehmungen durch.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff. (H. L. B.)

Staatssekretär des Innern, Trimbom, über die Kriegsangelegenheiten:

Die erste Pflicht des Reiches wird es stets sein, für die Zinsen der Kriegsleihe zu sorgen.

Thomson

Der Vorsitzende der Vaterlandspartei.

Von [Nachdruck verboten]

L. Porsius, Kapitän zur See a. D.

Nach der Annahme der Friedensresolution am 19. Juli im Reichstag organisierte Herr v. Tirpitz die Vaterlandspartei und versuchte einen Keil in unser Volk zu treiben, der freilich an der gelunden öffentlichen Meinung kläglich gescheiterte. Aber auch heute hat Tirpitz noch immer nicht die Reichen der Zeit erkannt, hat nicht begriffen, daß Schweigen für ihn das Gebot der Stunde ist. So sandte er wieder am 11. Oktober eines seiner bekannten Telegramme an den Landesverein Ostpreußen der Deutschen Vaterlandspartei, und ein anderes, dessen Wortlaut hier am 15. Oktober mitgeteilt wurde, an den Reichsanwalt. Herr v. Tirpitz hat doch wohllich Grund, lang- und kluglos zu verschwinden, er, dem noch am 11. Oktober in der Philharmonie zu Berlin öffentlich beheimlicht wurde, daß er ein Unheil stiftete für unser Volk war, er, der im Herbst 1897 auf den Posten des Staatssekretärs des Reichsmarineamts berufen wurde, und von dem am 7. Februar 1912 Eugen Richter im Reichstag sagte: „Ich habe hier wohl hundert Minister kommen und gehen sehen aber noch keinen, dessen Erfahrungen und Mitteilungen man so wenig Wert zu schenken konnte, wie Herrn Tirpitz.“ Und Richter sprach weiter von „Mangel an Offenheit, Sinterhaftigkeit, denen man leider bei dem Herrn v. Tirpitz hier nicht zum ersten Male begegnete.“ Selbst Dr. Dertel äußerte sich kritisch darüber, daß Tirpitz den Reichstag „getäuscht“ habe, und er fügte hinzu, „läßt Herr Tirpitz noch auf das Vertrauen des Reichstags einen Anspruch zu haben?“

Trotz dieser und ähnlicher Äußerungen blieb Herr v. Tirpitz bis zum 15. März 1916 auf seinem Posten! 19 Jahre lang war er der eigentliche Leiter der Kriegsmarine, und wenn ihn sein Kesselfort keineswegs hierzu ermächtigte. So oft man von der Flotte sprach, dachte man an Tirpitz als ihrem eigentlichen Befehlshaber. Vergänglich kämpften die Kommandanten dagegen an. Wie der Wille des Herrn v. Tirpitz in der Marine allein maßgebend war, so hypothetisch er auch den Reichstag, dessen Mitglieder mit wenigen Ausnahmen trotz aller unliebsamen Vorlesungen bis zum Schluß treue Gefolgschaft geleistet haben.

Warum wird Herr v. Tirpitz ein „Unheilbringer“ für unser Volk genannt? Weil er durch seine Flottenpolitik, durch den gar zu raschen Ausbau der Seekriegsmarine, durch die Schiffsflotte den eigentlichen Kriegsgewinn verschuldet hat. Darüber besteht kein Zweifel mehr. Einer von vielen, die nun diesen Gedanken ausgesprochen und begründet haben, ist Professor Hans Delbrück. Er schrieb in den „Preussischen Jahrbüchern“: „Die falsche Marinepolitik des Admirals v. Tirpitz, der statt der Unterseeboote einen Dreadnought über den andern baute, die nun doch nicht die Flotte der Nordsee verhindern können, den Argwohn der Engländer aber bis zur Rachelei steigerten.“ — Aus Bismarcks Wägen stammen die Worte: „Ich bin sehr mißtrauisch gegen Paradeschiffe, die nur zur Markierung der Welt dienen, und die man, wenn die Sache ernst wird, mitunter „Ligenschiffe“ nennen muß, weil sie nichts leisten.“ Auf absehbare Zeit bleibt für uns das wichtigste ein starkes Heer, das war auch Wilhelms Meinung, mit dem mich die Heeresregierung verband, daß wir sogar die über unsere Kolonialbesitz entfallenden Schlachten auf dem europäischen Festland auszufechten haben werden. Also... keine phantastischen Pläne, aber die wir uns dann noch mit anderen für unsere europäische Situation wichtigen Gedanken verjanken.“ Und später äußerte Bismarck, als Kaiser Hohenzollern im Reichstag ausgeführt hatte, daß wir eine starke Flotte halten müßten, die auf hoher See dem Angreifer entgegenzutreten könne: „Ich möchte wissen, an welchen Angreifer gedacht wird. Hoffentlich nicht an einen, der es erst werden könnte, wenn unbedeutende Prestigejagd und eine als Feindschicksal gezeichnete deutende eilige Seerüstung ihn einer gegen uns gerichteten Koalition zutriebe.“

Wie war es möglich, daß die Gefahr nicht erkannt, der unheilvolle Großkampfschiffbau nicht verhindert wurde? Noch im Februar 1914 ließ sich Herr Bassermann im Reichstag wie folgt vernehmen: „Die deutsche Flotte dient, wie wir immer gesagt haben, am letzten Ende dem friedlichen Ausgleich unter den Mächten. Ich bin überzeugt, die Entspannung ist der beste Beweis dafür, wie richtig wir mit unserer ganzen Flottenpolitik gehandelt haben.“ Und der Abgeordnete Deffner vor der Fortschrittlichen Volkspartei sagte: „Weshalb ist die Einbreitung des Englands gegen Deutschland aufgegeben worden? Das danken wir der Schaffung der deutschen Flotte.“ — War's da ein Wunder, wenn die öffentliche Meinung, fast die gesamte Presse, die sich willensvoll durch die geschichtliche Agitation der Flottenvereine beeinflussen ließ, den forcierten Bau der Schlachtschiffe mit Freigebung begünstigte? Das „Berliner Tageblatt“ hat unermüdlich seine warnende Stimme erhoben. In zahllosen Artikeln wurde auf die verhängnisvolle Tätigkeit des Herrn v. Tirpitz aufmerksam gemacht, der Bau der Großkampfschiffe wurde bemängelt, der von ihm-Booten dahingegen empfohlen, immer mit dem Sinnese, daß wir nie insuland sein

Die Feststellung der deutschen Antwortnote.

Die deutsche Antwort auf die Wilson-Note ist auch jetzt noch nicht fertiggestellt. Es liegen der Regierung mehrere Entwürfe vor, die heute abend um 6 Uhr nochmals in einer Sitzung des Kabinetts durchgesehen werden. Heute abend dürfte dann der endgültige Text der Antwortnote festgelegt werden. Die Note wird voraussichtlich aber erst morgen nachmittags zur Abendung kommen, da die Regierung die Ansicht hat, die Note vorher den Führern der Reichsparteien und dem Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten vorzulegen. Die Veröffentlichung der Note wird dann auch morgen nachmittags erfolgen.

Im Reichstage fand heute wieder eine Reihe von Besprechungen der Parteien statt. Überall beschäftigt man sich mit der deutschen Antwort an Wilson, deren Wortlaut zwar noch nicht feststeht, deren Richtlinien aber den Abgeordneten bekanntgemacht worden sind. Die deutsche Antwort wird, wie man hört, in der Form sehr bestimmt, aber in der Sache entgegenkommend sein.

Vor der Antwort Wilson an Oesterreich-Ungarn.

Zusammenberufung der deutschen Abgeordneten zu einer Vollversammlung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

I. Wien, 17. Oktober.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ist heute nachmittags zu einer neuen Sitzung zusammengetreten, der man mit großer Spannung entgegenfiehl, weil man vielfach erwartet, daß in dieser Sitzung Graf Burian die Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn zur Verlesung bringen wird. Eine Bestätigung der Nachricht, daß die Note Wilsons eine gewisse Rücksicht gegenüber Oesterreich, dagegen große Härte gegen Ungarn erkennen lasse, ist nicht zu erhalten.

Die Vertreter der deutschen Parteien haben heute einen Beschluß von weitgeschichtlicher Bedeutung gefaßt. Die Vertreter aller Parteien des Abgeordnetenhauses, die Deutschnationalen, die Sozialdemokraten wie die Christlichsozialen haben heute nachmittags neuerlich eine gemeinsame Besprechung abgehalten, in welcher nach eingehender Wechseltrede folgender Entschluß gefaßt wurde: „Für Montag, den 21. Oktober 1918, 5 Uhr nachmittags, wird eine Vollversammlung aller deutschen Abgeordneten im niederösterreichischen Sitzungssaal einberufen, zu welcher alle deutschen Reichstagsabgeordneten sofort telegraphisch einuladen sind. Die Vorbereitungen der Tagesordnung dieser Versammlung findet Sonntagabend 4 Uhr nachmittags eine neuerliche Zusammenkunft statt. Die technischen Vorbereitungen werden von einer Anzahl bestimmter Reichstagsabgeordneten getroffen werden.“ Am Schluß der Sitzung gelangte auch das Manifest des Kaisers über die Demokratisierung Oesterreichs zur Verlesung. Die Konstante des deutschen Volkes in Oesterreich, die am 21. Oktober im niederösterreichischen Landtag zusammenzutreten wird, wird sich jedoch keineswegs an den Rahmen dieses kaiserlichen Manifestes halten, das im Gegenteil von der Mehrheit der Abgeordneten als nichtigend bezeichnet wird. Die deutschen Abgeordneten haben sich vorläufig alle Wege offen gehalten. Mehrere Mitteilungen über die Tagesordnung wurden erst am Samstag gemacht werden können. Es scheint, daß das Manifest zur Konstituierung der Nationalen Oesterreichs führen wird, nachdem zum Beispiel die Ruthenen eine Konstante nachemberg einbringen haben. Freilich ist aber, ob

es auf dem von der Krone bezeichneten Wege zur Föderalisierung kommen wird. Möglich ist es natürlich, daß nach dem Bekanntwerden der Antwort Wilsons und der Auffassung, die die Vereinigten Staaten von der Zukunft Oesterreich-Ungarns hegen, ein Umschwung auch bei den Tschechen und Südslaven eintreten wird.

Die österreichischen Bundesstaaten.

Grenzverhältnisse und Einwohnerzahl.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

© Wien, 18. Oktober.

Bei den Siedlungsverhältnissen der Oesterreich beherrschenden Volksstämme wird es erheblichen Schwierigkeiten begegnen, die Grenzen für die nationalen Staaten festzusetzen. Neben Deutschböhmern müßten zum deutschen Staate gehören: Teile Mährens und Schlesiens, ferner Nieder- und Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg. Sowie die deutschen Gebiete Steiermark, Kärnten und Tirol. Im Süden wäre die Grenze gegen den südslawischen Staat die Linie südlich von Villach und Klagenfurt, vielleicht längs der Draa. Die Grenze des russischen Staates gegen Galizien würde etwa der Ean bilden. Nach der Einwohnerzahl würde auf Grund der Volkszählung vom Jahre 1910 der deutsch-österreichische Staat insgesamt 9 600 000 deutschsprechende Bewohner zählen, der tschechische Staat würde in Böhmen 4 240 000, in Mähren 1 600 000, in Schlesien 1 800 000 Tschechen, insgesamt also 6 200 000 Einwohner aufweisen. Im südslawischen Staat würden insgesamt 2 082 000 slowenisch- und serbisch-slawisch sprechende Bewohner leben. Davon würden entfallen auf Steiermark 410 000, auf Kärnten 82 000, auf Krain 491 000, auf das Nöstenland 488 000, auf Dalmatien 611 000. Der russische Staat im Osten von Galizien würde 3 210 000 ruthenischsprechende Bewohner umfassen.

Der sozialdemokratischen Korrespondenz zufolge beschloßen die Vertreter aller deutschen Parteien im Abgeordnetenhause, Montag nachmittags eine Vollversammlung aller deutschen Abgeordneten abzuhalten, zu der alle deutschen Reichstagsabgeordneten sofort telegraphisch einberufen sind. Zur Feststellung der Tagesordnung dieser Versammlung findet am Sonntag eine Vorbereitungsbesprechung statt.

Budapest, 18. Oktober. (Ungar. Telegr. Borr.-Bür.)

Der Immunitätsausschuß des Abgeordnetenhauses beschloß dem Haupte vorzuschlagen, das Haus möge den Abgeordneten Kovacs und Vass, welche im Abgeordnetenhause erklärten, sie seien Freunde der Krone, eine parlamentarische Klage erheben und beschließen, daß die in den Wahlbezirken der betreffenden Abgeordneten angehängten werden.

I. Wien, 17. Oktober.

In später Nachtstunde verlautet, daß eine neue Regierungskette droht, und daß Graf Silvio-Tarouca berufen sein soll, unter Umständen mit den Parteien über die Erweiterung des Manifestes zu verhandeln, weil nahezu alle Parteien Verhandlungen mit Freiherrn v. Huszar mit aller Entschiedenheit ablehnen. Gleichzeitig verlautet auch, daß der Rabinettsdirektor Dr. Ritter v. Seidler in der nächsten Zeit seinen Posten verlassen wird.

Bevorstehender Großangriff auf die Dardanellen?

In militärischen Kreisen rednet man, wie uns mitgeteilt wird, mit einem englischen Großangriff auf die Dardanellen. Auch Angriffe gegen die Westfront werden erwartet. Man muß gleichfalls mit der Möglichkeit rechnen, daß die Feinde Unternehmungen gegen die Nordwestfront der europäischen Türkei vornehmen werden.

würden, eine der britischen eberbürtigen Großkampfschiffslotte zu schaffen, das unser Schwermetall in der Kanonade liegen müsse, das unsere Flotte im Kriegsfalle mit Geschwindigkeit und wie die Handelsflotte geschicklich handeln könne und das die Klüftung der U-Boote die einzig sachgemäße Grundlage für unsere Flottenmacht bedeute. Alle Vorstellungen, alle Bemühungen waren vergeblich. Als Flottenchef folgte dem für den Winter 1914/15 wurde bereits wieder eine Flottenabteilung im Reichsmarineamt vorbereitet. Tempo und Gehalt wurden beiderseits Herrn v. Tirpitz volla. Möglichst rasch eine große Menge von Schiffsplänen zu besetzen war sein Ehrgeiz. Ueber der Quantität vernachlässigte er die Qualität. Die unter seiner Aufsicht fertiggelassenen Schiffe, für deren Konstruktion er allein die Verantwortung trägt, sind mit geringen Einsparungen als 3. Klasse zu bezeichnen. Sie sind den britischen zur selben Zeit gebauten nicht gleichwertig, zuweilen beinahe unterlegen. Auch hierauf hat das Berliner Tageblatt in einer Reihe von Aufsätzen aufmerksam gemacht. Ich erinnere an den Artikel am 10. Juli 1913. Die unzureichende Ausrüstung unserer Schiffe, die Tirpitz einengenommen werden. Aber sobald es Anlagen ist, wird der Nachweis an der Hand unbestreitbarer Daten und auf Grund der Gutachten unanfechtbarer Autoritäten dafür erbracht, daß Herr v. Tirpitz uns eine Fülle von in der Welt einzigartigem Schiffsmaterial beschert hat.

Das Tirpitz hinsichtlich der U-Boot-Waffe verabsäumt hat, was er auch noch im Laufe des Krieges sündigte, das beginnt allmählich auch in weiten Kreisen bekannt zu werden. Aber noch wird längt nicht in vollem Umfang erkannt die unheilvolle Schuld, die Tirpitz auf seine Schultern mit äußerster Rücksicht geladen hat. In Friedenszeiten herrscht im Reichstag nahezu Einmütigkeit darüber, daß Tirpitz alles getan habe, was in seinen Kräften stand, um den U-Boot-Wagen in die richtigen Wege zu leiten. In der Tat hat er bis zum 1. April 1908 — das erste U-Boot in Dienst stellte. Am 13. Dezember 1907 erklärte der Reichstagsabgeordnete, Freiherr v. Thünefeldt, als Referent über den Marinetat, daß der Marinereferent Dank aussprechen will, weil sie vorzüglich gearbeitet und sich nicht früher auf fortwährende Experimente eingelassen habe. Dem Redner schloß sich Graf Oriola an. Der fortwährende Vorkursus Dr. Leonhardt erklärte hingegen treffend, er könne weder dem Herrn von Tirpitz noch auch dem von der national-liberalen Partei folgen. Er sagt: „Ich glaube, daß wir in der Unterseebootfrage den anderen Mächten gegenüber beinahe als Unterlegen gekommen sind, und wenn auszuführen wird, daß wir uns jetzt die Erfahrungen anderer Mächte zunutze machen können, so ist das eine sehr bedeutende Sache, in technischen Fragen erst andere Mächte vorangehen zu lassen.“

Das Berliner Tageblatt hat in seinem Bestreben, den hohen Wert der U-Boot-Waffe zur Darstellung zu bringen, nichts erlirnt. Am 6. März 1916 wurde eine überzeugende Zusammenstellung gegeben von den eigenen, das U-Boot anerkenntenden Versicherungen und den in anderen Mächten veröffentlichten, die das U-Boot gering schätzen. — Im Laufe des Krieges, so hätte man annehmen sollen, würde sich Herr v. Tirpitz bezüglich der U-Boot-Waffe aus einem Genuß zu einem Mannus gewandelt haben. „Im Kappeler Brief“ ist er es allerdings. Worte, große Worte, wie Worte hat er nicht. Dem Amerikaner kann man das Spiel rauben, jedes englische Schiff oder jedes seiner Verbündeten, das sich irgendwohin haben Englands nähert, torpedieren, und dadurch den größeren Teil der Nahrungsmittelzufuhr abschneiden. In U-Booten größeren Typs sind wir England überlegen. Nebenbei bemerkt, stimmt die letzte Behauptung keineswegs. Wie im U-Bootum des Reichstags festgestellt wurde, hätte Tirpitz erst bedeutend später, als er den erwähnten Ausdruck tat, für die Kriegführung auf der Seite von 600 Seemeilen, drei — 3 Unterseeboote zur Verfügung Einzelheiten zu geben, geht heute naturgemäß noch nicht. Aber bereits mit größter Genauigkeit erbracht werden, welches die Zahl unserer U-Boote zu jenem Zeitpunkt des Krieges war, wie hoch die Verluste

waren, welches die Zahl der fertiggelassenen Boote in jedem Monat war usw. Am 13. Oktober durfte im Berliner Tageblatt in Artikel „Das Vertrauen zu den U-Booten“ gesagt werden: „Es wurde — soweit es möglich war — angebeutet, wie wenig Herr v. Tirpitz und andere die Waffe ausgebildet hatten, auf deren Wirken wir jetzt in erster Linie angewiesen sind... Man ist sich nicht darüber einig, daß bis zur Mitte des Jahres 1917 bereits wenig auf den Werften von der Arbeit — natürlich auf Befehl von Tirpitz — verrichtet wurde, die hauptsächlich hätte getan werden müssen.“ Mit kurzen Worten heißt das also, Tirpitz hat weder vor noch während des Krieges U-Boote in auch nur einigermaßen genügender Menge hergestellt lassen, er hat auch im Laufe des Krieges noch höhere Arbeitskräfte und Material für den Bau von U-Booten für die Kriegsmarine verwendet. Alle diese ungelungenen Verhältnisse werden einmal ausführlich zur Sprache gebracht werden müssen, denn schon heute macht sich in unserem Volk der Gedanke bemerkbar, daß die Schuldigen nicht an der Spitze der Arbeit, sondern an der Spitze der Verwaltung sind. Das kam z. B. zum Ausdruck auf dem Vorlesung der bayerischen Sozialdemokratie. In seiner Einführung heißt es: „Von Reichstag wird gefordert die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes zur Feststellung und Umkehrung aller Schuldigen.“

Herr v. Tirpitz kann versichert sein, daß alle Versuche, seine Schuld zu verdecken, nutzlos fruchtlos werden. Das deutsche Volk wird einmal völlige Klarheit erhalten. Und dann wird es erkennen, daß das Wort, das der Kammerherr v. Idenburg-Kölnig am 18. Februar d. J. über Herrn v. Tirpitz sprach, noch niemals hat ein Minister seinem Vaterland so schweren Schaden zugefügt, wie er.“

Lord Milner über den Waffenstillstand.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
Saag, 18. Oktober.
Gollandsche Neuwisbureau meldet aus London: Ein Mitarbeiter des „Evening Standard“ hatte eine Unterredung mit dem Kriegsminister Lord Milner, in der dieser unter anderem sagte: „Der vollkommene Sieg ist jetzt bevorstehend. Es ist die Aufgabe der Diplomatie und der Welt, festzustellen, was durch den End-sieg erreicht werden kann. Dieser End-sieg bedeutet die Vernichtung des preussischen Militarismus und die Befreiung aller verantwortlichen Personen. Die Wiederherstellung der vernünftigen Gebräuche und die Grenzfragen sind Nebenangelegenheiten. Die Gerüstung des Hauptzieles geht vor, alles andere folgt automatisch nach.“ Milner sagte auch, daß es in Deutschland diese Leute gebe, die nicht viel vom Militarismus halten. Die große Masse des Volkes ist gegen den Militarismus, weil er das Volk zur Niederlage geführt und ihm Erniedrigung gebracht hat. Das Volk werde, genau wie die Alliierten es tun, darnach streben, den Militarismus zu vernichten. Das Ziel sei nur durch den vollkommenen Sieg zu erreichen, der Deutschland zur Kapitulation führe oder zu einem Waffenstillstand unter Bedingungen, die militärische Lebensgeheimheit der Alliierten nicht schwächen, sondern nur stärken können. Milner schloß: „Wir dürfen die Gerechtigkeit nicht außer acht lassen. Wenn aber der Krieg durch Verhandlungen mit den Deutschen beendet werden soll, dann muß erst erklärt werden, daß die Alliierten recht haben, wenn sie das Preussentum als den Feind Deutschlands bezeichnen. Das Volk muß jene Befreiung, die die Entente daran plant, bewilligen.“

Nach Neuwisbureau zu urteilen, hat die zweite Antwort Wilsons den Erfolg gehabt, daß die von dem Senator E. Lodge geleitete Republikaner, ebenso Taft und Roosevelt sich als zufriedengestellt erklärt haben, nachdem sie ihre bereits im August einbrechende Kampagne gegen Wilsons angebliche Friedenspolitik nach seiner ersten Rede auf einhelligem Einverständnis haben — ohne Zweifel auch im Hinblick auf die Kongresswahl — die am 5. November stattfinden. 68 Mitglieder, außer den Abgeordneten, 23 Senatoren nennenswürdig werden. Für Wilson ist es höchst wichtig, jetzt die zur Ratifikation des Friedensnotwendige Zweidrittelmehrheit im Senat zu erhalten. In dem Zeitraum zwischen der Abfertigung der ersten und der zweiten Rede haben der gerade aus Frankreich zurückgekommene Kriegsminister Baker und der Marineminister Daniels ihren Einfluß auf Wil-

son erfolgreich geltend gemacht, während die erste Rede allein das Wort Wilsons gewesen ist, der im übrigen nur auf Bericht (Bericht, Seite 1.)

Die Dobrubschfrage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
Sofia, 18. Oktober.

Die Dobrubschfrage beschäftigt täglich die rumänische Presse. Die weitestgehende Haltung der Entente in dieser Frage gewinnt auch die ententefreundlichen Elemente zur Zurückhaltung. Dieser Zeit der wachsenden Wätere sucht mit Gefährdung des rumänischen Geländes die Entente zu verweisen. Wenn die nun in Saloniki nicht, wie die Entente es wünscht, über die Klärung der Dobrubschfrage festgestellt wurde, ist auch der erhoffte ungelungene Widerhall des Unterwerfes auf dem Balkan in Rumänien ausgeblieben. Am Sonntagabend reisten etwa hundert Deputierte und Senatoren unter Führung des Kammerpräsidenten Rădulescu im Sonderzug nach Jassi nach Rischikow ab, um die Stadt und den bekräftigten Landesrat zu besuchen. In Rischikow vor festlicher Empfang. Tags darauf nahmen die rumänischen Parlamentarier an der Festigung des Landesrats teil. Der Vizepräsident des Landesrats Galipa hielt eine politische Rede, in der er an die Bedingungen erinnerte, unter denen am 27. März die Vereinigung des Landesrats mit Rumänien erfolgt ist. Durch den Vereinigungsvertrag stimmte die rumänische Regierung zu, daß die Agrarreform von Landesrat geregelt werde und daß die Verfassung auch in Zukunft seine Autonomie behalte. „Für uns“, so fügte Galipa hinzu, „ist die Agrarreform nicht nur eine soziale, sondern auch eine nationale Frage. Der Erfolg der Agrarreform stellen sich die Grundbesitzer entgegen, von denen rundumstößig Prozent fremde sind. Grund und Boden muß dem rumänischen Bauer gehören, damit er nur rumänisch ist. Deshalb wollen wir die Autonomie.“ Minister Jiculescu sagte: „Außer der Agrarreform und der Autonomie haben wir noch eine Bedingung: Das allgemeine, gleiche, direkte, geheime und pflichtmäßige Wahrsystem ohne Unterscheid des Geschlechts.“ Kammerpräsident Meisner erklärte: „Wir zweifeln nicht an Ihren guten Gesinnungen und bitten sie, auch uns gegenüber kein Mißtrauen zu haben. Wir müssen Vertrauen zueinander haben.“ Dr. Gaucac sagte: „Wir wollen Grund und Boden für unsere Bauern.“ So schloß wie die Agrarreform auf. Wir sind Revolutionäre, aber auf folgender Grundlage: Boden und Freiheit. Wir lieben tief, wir hassen aber gleich tief diejenigen, die angreifen, was wir lieben.“

E. v. Schmidt-Paul.

Der I. u. I. Heeresbericht.

Wien, 18. Oktober. (M. Z. B.)
Kritisch wird verurteilt:

Italienischer Kriegshauptplan.

Westlich des Gardasees schlugen Abteilungen des I. u. I. Landsturmbattalions 168 einen italienischen Vorstoß ab. Auch sonst vielfach lebhafteste Gegenwehr.

Balkan-Kriegshauptplan.

In Albanien keine größeren Kampfhandlungen. In der westlichen und im Tale der südlichen Morawa heftigste türkische Angriffe. Der Chef des Generalstabes.

Die nächste Sitzung des Reichstags.

Die nächste Sitzung des Reichstags findet Dienstag, 22. Oktober, nachmittags 2 Uhr statt.

Herr v. Wadow bleibt im Amt.

Berlin, 18. Oktober. (M. Z. B.)
Mit Rücksicht darauf, daß ein Wechsel in der Leitung des Kriegsernährungsrats zu Störungen führen könnte, welche die der gegenwärtigen ernsten Lage nicht erträglich wären, hat, wie wir hören, der Staatssekretär v. Wadow auf wiederholte Ersuchen des Reichskanzlers sein Entlassungsgesuch zurückgezogen.

Georg Bimmel.

Geboren 1. März 1858, gestorben 26. September 1918.
Von [Nachdruck verboten.]
Fritz Mauthner.

Der so empfunden, als hätte er transzendiert von den Trümmern einer Welt, der sollte vielleicht nicht das Wort ergreifen an Grobe eines einzelnen. Auch dann nicht, wenn zu sagen wäre, daß eine Epigone des Reichstages, der jetzt wieder mit weitaus mehr Kraft die sogenannte Menschheit unendlich gemacht hat, das Leben dieses einzelnen trübe. Georg Bimmel hat es — ein wenig feier, aber menschlich — bitter empfunden, daß er, der sich sehr vielen Anhängern überlegen sah, durch die seiner jüdischen Herkunft willen nicht zu der höchsten akademischen Würde eines ordentlichen Professors gelangen, weigerte sich nicht in Berlin. Im dieses Ehrgeizes willen nahm er die Berufung zum Ertragung im Maß an, wo der Berliner überflüssig und geistig nicht ganz die ihm zukommende Lebensluft fand. Spinoza, ein noch dazu konfessionsloser Jude, war 250 Jahre vorher an eine damals schon als Unmöglichkeit des menschlichen Geistes angesehenen Aufgabe — und hatte abgelehnt; jetzt war man in der Hauptstadt des geeinigten Deutschen Reiches empfindlicher.

Bestimmlich fällt darum der philosophische Schriftsteller Bimmel, der nach dem Tode seiner Schüler ein außerordentliches Lehrer, ein Kämpfer ersten Ranges war, nicht mit dem einzigen Spinoza vergleichen werden. Erst nach dem größten Mißgeschick an, so war Bimmel sein Meister des geistigen Schöpfers, keiner von der ganz wenigen Philosophen, die der Erkenntnis einen neuen Weg lehrten; aber unter den Philosophen, die die Erkenntnis von einem Gesetze zum anderen zu tragen übernommen haben, war er einer der besten und schärfsten. Er besaß in hohem Maße Bildung und Kultur und überdies eine beherrschende Sprachkraft über das Wissen hinaus, dessen Feinsinn er genossen war; eigentlich in allen Geisteswissenschaften; nur der Natur scheint er ohne rechte Neigung gegenüber gestanden zu haben. Kein eigenlicher Schöpfer, doch er in erlauchtem Grade die Aufgabe, die jüdischen Forscher von Freund und Feind zugelandet wird: die bis zur Epigonalität geführte Denkfahrt, die der ältere Sprachgebrauch „Denkfahrt“ nannte. Die er aber niemals zu Spinoza mitbrachte, die ihm immer nur ein Werkzeug war, die Denkfahrt der einzigen philosophischen Fragen nach begründeter angucken und herauszufinden, als es den Deutschen gelänge, was aber nötig war. Die jüdische dieser Mittel war Bimmel, dazu ein rastloser und gewissenhafter Arbeiter, insofern, seine bis zur Begeisterung dankbaren Schüler und Schülerinister tiefer in die Welt und in den Hallen der Philosophie einführten, als etwa der großartigste oder ordentlichste Professor Paulsen.

Ich bin nicht darauf vorbereitet und verlege auch nicht über Zeit und Raum genug um über diejenigen Leistungen Bimmels berichten zu können, die es mit den angeordneten Philosophen, der des Geldes, der Soziologie und der Kunst zu tun haben. Einer seiner Hörer, der ihn aber bewunderte und liebte, erzählte mir einmal, Bimmel hätte ihn bei seinen Vorlesungen über Herbrandts Lobstun an den prächtigen alten Hermann Grimm erinnert, der ja auch der letzten Mannes Gemüths nach, dem Bilde, über welches zu reden er verstanden hatte, den Bilde zusammen. Bimmel wie Grimm waren beide zu reich, um sich nachzusprechen, was der Künstler in ganz anderer Sprache ausgedrückt hätte; sie überließen uns das Betrachten des Bildes und entließen uns mit Gedanken, die ihnen bei Gelegenheit des Bildes kamen.“

Bimmels Aesthetik wie seine Soziologie wurden zu einer angeordneten Philosophie, weil er die Entstehung des Kunstwerks wie die Entstehung der Gesellschaft durch die Willen der kantigen Erkenntnis kritisch zu betrachten liebte; Gemälde, staatlische Mitteilungen wurden wie die gesamte Wirklichkeitswelt zu Erscheinungen, die der Geist sich erst nach seinen inneren Gesetzen aufbaute. Der hinterhebe Einbildung einer so rein begrifflichen, dem aufkommenden Naturalismus widerprechenden Lehre wäre nicht zu verstehen ohne einen Joubert, der ganz unmittelbar von der Reizbarkeit des Lehrers ausging. Auf die jungen Hörer, nicht auf den Vater. Die Sprache Bimmels in seinen Büchern ist niemals leicht; oft inhaltlich schwer, aber auch oft schwerfällig und hat nur selten Bildhaft; jedoch schwelet er in einem Liebeswort von Herbrandts, das ihm den Joubert von Courard Engel zugegeben hat, das aber auch dem Nichtpuristen unerkennlich werden kann. Sehr häufig, wo deutsche Begriffe fehlen, stellt das Wort „Funktion“ zur rechten Zeit ein.

Die Hermann Grimmsche Rückenstellung zum Gegenstande könnte man auch der Schrift vorwerfen, in welcher Bimmel die Grundgedanken dessen niedergelagt hat, was mit bestem Rechte als Kunst- oder Gesellschaftswissenschaft Philosophie heißt, der Schrift über „Kant“. Die Kantianer waren nicht recht zufrieden mit ihr, weil sie weniger den alten Kant als Königsberg darstellte als den neuen Kant Bimmels; man wird auch zu diesen „Sechzehn Vorlesungen“ selten greifen, wie etwa zu dem Kommentar von Weininger, um sich über die wahre Meinung Kant zu besorgen; wie aber Bimmels Erklärung in den gegenwärtigen Jahren der Philosophie genau verstehen will, wird das Kant-Buch hindern müssen, besser dreimal als einmal.

Georg Bimmel war noch kaum über das Mittelalter hinausgekommen, die Philosophie hatte gegenüber den Naturwissenschaften ihre Geltung fast völlig eingebüßt, trotz verpöhltem Ruhm von Schopenhauer, als (1865) der überredende Auf erstand „Jurist zu Kant“. Der noch junge Leo Niebuhr hatte das Schicksal

gegrüßt, das seitdem nur zu häufig so mißverstanden worden ist, als ob der transzendente Idealismus Kant das Antwort wäre, das wir uns nur durch Wortforschung und Einbeziehung zu erheben brauchen, um die ewige Wahrheit zu besitzen. Die Wälsche Niebuhrs, dessen kritische Abhandlung „Kant und die Epigonen“ zu den Meisterwerken der Philosophievergeschichte gehört, ging ganz anderswohin; er sah die Größe Kants, sah aber auch dessen Hauptfehler, sah endlich, daß alle die bewundernd-wundernde harten Systematiker nach Kant (Fichte, Schelling, Hegel, Gerhart, Feiler, Schopenhauer) nicht auf der Entdeckung des Geistes weiter gehen hatten, sondern auf seinem Irretum, der Höhe dem höchsten Lebensbewußtsein, weil Kant in dem Streben nach höchsten Erkenntnis, von seiner abgrundigen Kritik unberührt, in das Ertrinken eines positiven Ergebnisses hineingeführt, weil nur die Entdeckung, die Selbstbezeichnung des Zweifels noch nie enttäuscht hat, weil Kant selbst, mehr als er es zugeben wollte, ein Schüler Humes war, darum wird der Ruf „Jurist zu Hume“ damals und heute dienlicher gewesen. Wie, wer das Urchristentum kennen lernen will, die Antwort eher in den Apokryphen finden wir als bei den Kirchenvätern. Genau daran: als Bimmel sich der Philosophie zu widmen legte, fand er die Aufgabe vor, sich über Schopenhauer und Nietzsche hinweg (über beide hatte er tiefe Bemerkungen gemacht, wieder mit dem Mäßen gegen sie gemacht) mit Kant auseinanderzusetzen. Es ist glücklicherweise kein Beitrag zur Philosophiegeschichte geworden; Bimmel sagt es selbst im Vorwort; es ist ein weitaus wertvollerer Kant, ein doppelt idealistischer Kant, wie ein Wahrheitsfänger ihn sehen mußte, den ihn nicht unermüdet umwirbt, der von dem Glauben an Geistes abstrakten Geist ausgegangen war und jetzt durch die amerikanischen und englischen Pragmatiker an dem Wahrscheinlichkeits selbst zweifeln gelernt hatte. In diesem Geistesgeschichte liberal als gültende Etappen Bimmels, auch seiner Zeichen und seiner Auswendungen, zu einer einheitlichen, geschlossenen und überzeugenden Weltanschauung zu gelangen; auf der einen Seite haben sie Kant unerschütterlich, aber nur erkenntnistheoretische Wahrheit, das erst unter Menschengehört unter Weltbild erzeugt, in einem neuen Dogmatismus zurückgeformt, der wieder so etwas wie einen abstrakten Geist außerhalb des Geistes annimmt und beinahe schon wieder eine Selbstbezeichnung der Geistes, auf der anderen Seite wird diesen Wahrheitsfänger die Wahrheit abhängig von ihrer Wahrbarkeit für das Menschengehört, von ihrer Fruchtbarkeit, und von da ist es nicht mehr weit zu dem Spinozismus (im besten Sinne des Wortes), der die Lebensfülle (Welt, Mensch, der Mathematiker Poincaré, Waininger) als eine profittliche Fiktion vereinfacht. Dazu kommt bei Bimmel eine entscheidende Neigung, die Grundgedanken der Spinozas mit offener Eingabe nicht nur auf den Welt, sondern auch auf die Weltanschauung, sondern sogar auf das auszuweisen, was für Kant unüberwindlich feststand: die Harmonie der Vernunft, durch welche unsere sinnliche Welt erst entsteht. Die Wirklichkeit des Ertrinkens ergreift für uns die Gegenstände des Ge-

